

Es gilt das gesprochene Wort

Laudatio

20 Jahre Pro Asyl

am Samstag, 9. September 2006
in der Evangelischen Akademie Tutzing

Von Heribert Prantl

Es gibt gefährliche Merksprüche im kollektiven Hintergrundbewusstsein der Deutschen. Der erste Merkspruch lautet: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Der zweite: Gehorsam ist des Christen Schmuck. Pro Asyl hat diese Merksprüche umgedreht und ins Positive gewendet. Erstens: Ruhe ist nicht erste Bürgerpflicht. Und zweitens: Gehorsam ist nicht des Christen Schmuck. **Seit zwanzig Jahren verkörpert Pro Asyl die fruchtbare Unruhe in der deutschen Asyl- und Ausländerpolitik.**

Seit zwanzig Jahren kann man sich darauf verlassen, dass Pro Asyl nicht kuscht, wenn es um Schutz und Zuflucht für Flüchtlinge geht und wenn Gesetzespläne und Gesetze die Menschenwürde zur Seite schieben. Seit zwanzig Jahren ist Pro Asyl eine Widerstandsorganisation – Pro Asyl widersteht einer Politik, die aus dem Asyl ein Gnadenrecht macht. Sie widersteht einer Politik, für die Flüchtlingspolitik vor allem Flüchtlingsabschreckungspolitik ist. Sie widersteht einer Politik, die aus Europa eine Festung macht und Zäune aus Paragrafen errichtet, die gern Hunderte Millionen von Euro in die Bewachung der Außengrenzen investiert und zum Ausgleich aus einem Asylbewerberleistungsgesetz ein Asylbewerberleistungsausschlussgesetz macht.

Die Zahl der Asylanträge in Europa hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als halbiert. In Deutschland ist die Zahl der Asylbewerber so niedrig wie noch nie seit Gründung von Pro Asyl. Rapide gestiegen ist allerdings die Zahl der Abschiebungen. Das ist ein Erfolg der Verschärfung des Asylrechts in ganz Europa. Zu den Erfolgen der Verschärfung gehört auch, dass sich die Politik über Fluchtursachenbekämpfung kaum noch Gedanken macht. Seitdem die Asylbewerberzahlen infolge der Abschottung sinken, gilt der Satz: Aus den Augen, aus dem Sinn. Die zwanzig Jahre Pro Asyl waren, wenn man auf die deutsche und die europäische Politik schaut, zwanzig Jahre contra Asyl. Zum Jubiläum ist festzustellen: Die nationale und europäische Politik versucht, das Institut des Asyls auszulagern. Die EU zahlt dafür, dass das Asyl dort hinkommt, wo der Flüchtling herkommt. Flüchtlingsschutz in Europa wird so zu einer Fata Morgana: schön, aber unerreichbar.

Pro Asyl hat den Abschied vom Grundrecht auf Asyl nicht verhindern, sondern nur begleiten und betrauern können. Sie hat eine immer flüchtlingsfeindlichere Entwicklung nicht aufhalten, aber sehr wohl thematisieren und anprangern können. Pro Asyl hat, vielleicht, auch noch Schärferes, noch Feindlicheres verhindern können. Ist das viel, ist das wenig? Vor zehn Jahren, als Pro Asyl, auch hier in Tutzing, sein zehnjähriges Jubiläum feierte, hieß es in der damaligen Bilanz: Man habe „ein beachtliches öffentliches Echo gefunden“, man habe auch „einzelnen Asylbewerbern helfen können“. Aber es sei nicht gelungen, „die erbärmliche politische Kampagne gegen Flüchtlinge zu verhindern“. Dabei ist es geblieben. Aber immerhin: Das Zuwanderungsgesetz von 2005 enthält die lange von Pro Asyl geforderte Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung, aber nach wie vor keine Bleiberechtsregelung. Pro Asyl ist es also, trotz zweifellos vorhandener Kompetenz und Qualifikation, noch nicht gelungen, zum Ghostwriter der Asyl- und Ausländergesetzgebung zu werden.

War also die Arbeit von Pro Asyl erfolglos? Nein. **Ohne Pro Asyl wäre die Stimme der Humanität viel leiser in diesem Land.** Ohne Pro Asyl gäbe es viele Flüchtlingsinitiativen und Kirchenasyl-Gruppen nicht. Ohne Pro Asyl hätte es die Ausländerfeindlichkeit noch leichter in diesem Land. Es gibt einige tausend Lobby-Organisationen in Deutschland. Pro Asyl gehört zu den Vornehmsten, weil sie die für die Schwächsten spricht, sie spricht für Menschen ohne Papiere, ohne Stimme, ohne politisches Gewicht. **Pro Asyl ist der bürgerrechtliche Arm des Artikels 1 Grundgesetz.** Im politischen Alltag bedeutet das: Widerstand. Widerstand gegen die Gleichgültigkeit, Widerstand gegen Kaltschnäuzigkeit und Kaltherzigkeit. Solcher Widerstand ist die Ratio der Demokratie, ihr Lebensnerv.

Manchmal nervt solcher Widerstand. Ein prächtiges, wunderbares Beispiel für einen solchen begnadeten Nerver war Herbert Leuninger, der erste Sprecher von Pro Asyl. Er war es bis 1995. Seine Entschlossenheit im Widerstand gegen ein inhumanes Flüchtlingsrecht war vielen Politikern regelrecht unheimlich. Selbst der Alt-Liberale Burkhard Hirsch, der sich im politischen Streit wacker für das Asylrecht geschlagen hat, nannte Leuninger einmal einen „Fanatiker“, als der die rigorose Haltung der Bundesregierung gegen Kinderflüchtlinge geißelte und in alttestamentarischen Sprachbildern Flüchtlinge als „Botschafter des weltweiten Unrechts“ bezeichnete. Sie seien „theologisch gesprochen, Engel und Verkünder“, meinte Pfarrer Leuninger. „Wir aber behandelt sie wie den Boten der Antike, der wegen seiner schlechten Nachrichten umgebracht wird“.

Solches Reden und solche Kompromisslosigkeit waren und sind einer Politik suspekt, deren Alltag aus Kompromissen besteht und bestehen muss. Pfarrer Leuninger organisierte Wachen vor Flüchtlingsheimen, das war in der Zeit, als die Asylbewerberheime brannten und Deutschland leicht entflammbar war; er stand dort auch selbst Posten. Daraufhin wurde sein Haus mit Pflastersteinen beworfen. Sein Kommentar dazu war: „Man muss das Schicksal der Menschen teilen, für die man sich einsetzt.“

Das ist Widerstand. Dieser Widerstand braucht Geduld, unendlich Geduld, er braucht die Geduld der Ungeduldigen. Ich weiß nicht, ob die offizielle Politik,

ob man also in den Regierungen in Berlin und München, Mainz und Wiesbaden das wirklich zu schätzen weiß. **Nach zwanzig Jahren ist es an der Zeit, dass die offizielle Politik vielleicht einfach Danke sagt - danke dafür, dass sie in Pro Asyl einen ernsthaften, kundigen, unglaublich engagierten Widerpart hatte und hat.**

Pro Asyl ist heute in der Sprache seiner Presseerklärungen weniger theologisch, als Pro Asyl es damals, vor fünfzehn, zwanzig Jahren war – obwohl von Anfang ein Pfarrer, nämlich Jürgen Micksch, Vorsitzender ist. Er ist einer, der im Stillen nachhaltig wirkt. Ohne ihn wäre Pro Asyl nicht das, was es ist, ohne ihn wäre Pro Asyl nicht so hartnäckig seriös. Und wenn heute ein Politiker zu den heute Verantwortlichen „Fanatiker“ sagen sollte – sie können das als Ehrentitel tragen. Es ist nicht das Schlechteste, ein Fanatiker der Menschenwürde zu sein. In Fanatiker steckt das Wort „fanum“ - das heißt Heiligtum. Die Würde des Menschen soll, sie muss einem heilig sein.

Politik sei das Bohren von harten Brettern – mit Leidenschaft und Augenmaß, so hat Max Weber 1919 in seinem berühmten Essay „Politik als Beruf“ geschrieben. Pro Asyl war in den vergangenen 20 Jahren ein Musterbeispiel für dieses Bohren: **Nirgendwo waren, nirgendwo sind die Bretter so hart und so dick wie im Ausländerrecht.** Und die Leidenschaft, mit der laut Max Weber gebohrt werden muss, diese Leidenschaft werden nicht einmal die größten Kritiker dem Verein Pro Asyl absprechen; wohl aber das Augenmaß. Aber dieses Augenmaß hat doch wohl eher der herrschenden Ausländerpolitik gefehlt.

In der Zeit, in der Pro Asyl auf den Plan trat, wurde, unter der Ägide des damaligen Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann der Entwurf eines neuen Ausländergesetzes vorgelegt, der dann zwar nicht Gesetz wurde, dessen Geist aber nach wie vor nicht verschwunden ist. Es ist dies ein böser Geist, der folgendes sagt. Erstens: Der Aufenthalt des Ausländers soll künftig nur noch dann erlaubt werden, wenn irgendein öffentliches Interesse daran besteht. Und zweitens: Es besteht ein öffentliches Interesse daran, dass möglichst wenig Ausländer da sind. Der Ausländer galt als Störer, gegen den die nationale Kultur verteidigt werden muss. Die Zuwanderung von Ausländern bedeute, so hieß es damals, „Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im Wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird . . . Die gemeinsame deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur verlören ihre einigende und prägende Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland würde sich nach und nach zu einem multinationalen und multikulturellen Gemeinwesen entwickeln“. Gegen diesen Geist der Abwehr ist Pro Asyl angetreten. **Pro Asyl hat diesen bösen Geist zwar nicht in die Flasche zurück stopfen können, aber Pro Asyl hat trotzdem dazu beigetragen, dass er sich nicht mehr so entfalten konnte.**

Als die Westdeutschen die Welt zu entdecken begannen, als sie feststellten, dass hinter dem Brenner die Welt zwar schön ist, aber das Essen ganz anders schmeckt, in den fünfziger Jahren also, als der Urlaub an der Adria noch eine Art Expedition war, da begann diese große Reise so: Die Familie nahm die Kernvorräte aus der Speisekammer, sie packte eine gehörige Ration heimischer Lebensart in den VW-Käfer – und so war mit Hartwürsten und

Schweinskopfsülze im Einmachglas das Überleben in der Fremde gesichert. So ähnlich brach vor ein paar Jahren, nach langem Drängen auch von Pro Asyl, die herrschende Politik in Deutschland, zuletzt die CDU/CSU, in die neue Einwanderungsgesellschaft auf: Sie nahm den vertrauten Vorrat an Sprüchen mit auf die Reise, sie griff hinein ins Reservoir ihrer Formeln vom Vater- und vom Abendland und tut das immer noch. Sie nahm möglichst viel von ihrer gewohnten politischen Verpflegung mit, um sich selber vor den vermeintlichen Gefahren der Einwanderungsgesellschaft zu schützen – wo, wie sie fürchtet, ansonsten Vergiftung droht.

Seit gut eineinhalb Jahren ist das Zuwanderungsgesetz in Kraft. Es widerspiegelt den furchtsamen Aufbruch der deutschen Politik in neuen Zeiten. Es ist gut, dass wir dieses Gesetz endlich haben. Gleichwohl: Ich hätte mir sehr viel mehr erhofft. Dieses Gesetz, so war es eigentlich angekündigt, sollte einen großen Teppich weben, auf dem künftig Integration stattfinden kann. Nun ist auch dem Teppich ein Topflappen geworden. Aber: Was hülfe uns das schönste Gesetz, was hülfe der größte und schönste Teppich, wenn die Gesellschaft nicht bereit ist, ihn auszurollen? Diese Bereitschaft kann man nicht legislativ verordnen. Sie muss wachsen. Sie müsste viel schneller wachsen. Seit Jahrzehnten leben nun die Türken in Deutschland. Gleichwohl könnte man den Eindruck haben, die Entdeckung der Türken sei eine Angelegenheit erst der vergangenen Monate.

Als in Frankreich die Vororte der Großstädte brannten, wurde in Deutschland allenthalben die bange Frage laut, ob nicht auch in Berlin-Kreuzberg oder Gelsenkirchen ein Ausbruch der Gewalt bevorsteht. Wer sieht, wie es vielen Migrantenkindern in Deutschland ergeht, der muss sich wundern, dass es noch keinen Aufstand gibt. In manchen Regionen, vor allem in Großstädten, verlässt jedes vierte türkische Kind die Schule ohne Abschluss. Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz gehen die meisten leer aus. Die Bildungschancen der Ausländerkinder sind nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland minimal. Schauen Sie in die Pisa-Studie: dort entdecken Sie die neue soziale Frage. Die Antwort darauf: Die Schule wird wieder ein Ort der Schicksalskorrektur sein müssen.

Die Kids der Einwanderergeneration haben Kompetenzen, die in der Schule nicht oder gar nicht honoriert werden: Kinder, die keinen Satz ordentlich schreiben und keine zwei Absätze ordentlich vorlesen können, schreiben blind unter der Bank SMS. Die Zwölfjährige spricht akzentfrei Deutsch und kann ebenso gut Italienisch und Türkisch, weil ihre Eltern aus diesen Ländern kommen; nur ordentlich aufschreiben kann sie das nicht, was sie sagt. Aber sie wäscht ihre Wäsche selbst, weil die sich bei ihrer Mutter immer verfärbt. Andere Kinder bringen ihre Geschwister morgens in den Kindergarten, müssen auch selbst dafür sorgen, dass sie ihre Schulsachen dabei haben – Dinge, auf die in Mittelstandsfamilien die Eltern achten. Perspektiven bietet diesen bemerkenswert selbständigen Kindern die Hauptschule bisher nicht; sie ist ein Stigma. Ich sage es noch einmal: Die Schule muss wieder ein Ort der Schicksalskorrektur werden. Das ist das Kernthema von Integration.

Ich habe davon geredet, das Ausländerpolitik, Einwanderungspolitik, Integrationspolitik das Bohren in ganz harten, ganz dicken Brettern bedeutet. Es bedeutet auch Bohren in den Vorurteilen. Wir haben uns angewöhnt, den Islam als verdächtige Religion zu betrachten – wir sind auch bereit, uns diesen Verdacht gern und immer wieder bestätigen zu lassen. Und wir tun, was die christlichen Religionen betrifft, ziemlich aufgeklärt und selbstgefällig. Unternehmen wir daher hier, zumal in den Räumen einer kirchlichen Akademie, in den nachfolgenden Minuten den Versuch, diese aufgeklärte Selbstgefälligkeit ein wenig zu stören. Stellen wir uns also vor, wir hören die Arabische Welle. Stellen wir uns vor, dass dort, in der Reihe „Unter dem Banner des Kreuzes“, der Nah-West-Experte des Senders der Frage nachgeht: „Wie real ist die Bedrohung der arabischen Welt durch die christlichen Fundamentalisten Europas?“ Wir hören Kirchenmusik – und in die Kirchenmusik hinein hören wir den Reporter mit seiner Reportage:

„Donnerstag, Fronleichnam, bei uns ein normaler Arbeitstag, im Europa der Christen jedoch ein wichtiger, religiöser Festtag.

„Ich bin hier in der Hauptstadt von Bayern, einem Land, das seit vielen Jahrzehnten von einer christlichen Partei regiert wird, die in jedem Schulzimmer ein Kreuz aufhängt und sich bei diesem Tun auch vom höchsten Gericht der Bundesrepublik Deutschland nicht abhalten lässt. Hier in München findet heute eine große Demonstration mit vielen Kreuzen statt, bei der nicht nur die Imame, genannt Priester, und die glaubenstrunkenen Christen mitgehen. Dabei ist auch der Ministerpräsident, zugleich Chef der christlichen Partei in Bayern, dabei ist auch das Stadtoberhaupt von München, dabei sind auch die Repräsentanten der Universitäten und vieler Behörden und öffentlicher Einrichtungen, dabei sind Hunderte von Klosterfrauen, dabei sind die historischen Ritterorden, die einst in den Kreuzzügen den Orient verwüstet haben, dabei sind Vereine, Verbände, Handwerkerzünfte und Trachtengruppen. Sie alle folgen dem obersten Kirchenführer, Kardinal genannt, in den Dom, der hier in München Liebfrauen-Kirche heißt. Die Vorbeter spritzen immer wieder Wasser, das sie für geweiht ausgeben, und alle, auch die politischen Führer schlagen dann ein Kreuzzeichen. Schließlich treten die Pilger durch das mächtige Portal in das düstere Innere des Gotteshauses und fallen vor einem goldenen Altargerät, das sie Monstranz nennen, auf die Knie. Zu der mittelalterlich anmutenden Szenerie passt, dass plötzlich Orgelklänge ertönen, die Emotionen schüren und die christlichen Eiferer dazu bringen, Gesänge in einer rituellen, längst ausgestorbenen Sprache anzustimmen, die niemand mehr spricht oder versteht“.

Nun werden in der Sendung lateinische Kirchengesänge hochgezogen, bleiben ein paar Takte stehen, dann spricht der Reporter weiter:

„Die heutige Zeremonie wird von 120 Lautsprechern im ganzen Stadtzentrum übertragen; sie ist ein Beispiel für den bizarren Mystizismus der Christen. Tatsächlich folgen sie damit einem jahrhundertealten Totenkult. Darauf verweist schon der Name dieses Festtages: Fronleichnam. Nach Auslegung der christlichen Schriftgelehrten bedeutet dies so viel wie ‚Herrenleib‘ oder auch ‚Leichnam des Herrn‘. Tatsächlich huldigen die Christen dem Leichnam ihres – sie sagen – gekreuzigten Propheten Jesus. Das Fest wird seit dem Jahr 1264

gefeiert, damals hat es Papst Urban IV eingeführt. Es geht zurück, so heißt es, auf eine angebliche Vision der Augustiner-Nonne Juliane von Lüttich im Jahr 1209: Sie will beim Beten den Mond gesehen haben, der an einer Stelle verdunkelt gewesen sei. Christus habe ihr dann erklärt, der Mond bedeute die Kirche, der Fleck das Fehlen eines Festes“. Das also ist nun die Aufklärung, von der in Europa so gern geredet wird. Wegen einer solchen Vision feiern also die Christen seit achthundert Jahren dieses Fronleichnams-Fest ... Und nun reckt der Imam die sogenannte Monstranz hoch, in der ein kleines, weißes dünnes rundes Brot steckt. Und von dem Brot sagen die Christen, dass das nicht irgendein Brot sei, sondern in diesem Brot stecke ihr Prophet Christus selber. Und in Kürze werden alle hier ein solches Brot verzehren – es ist dies wohl ein Rest von kannibalischen Brauchtum.“

Der Reporter fragt nun seine Zuhörer: „Wie rational und berechenbar ist eine Gesellschaft, die auf einem solchen Glauben beruht?“

Diese Reportage ist natürlich eine Fiktion. Sie mag in den Ohren gläubiger Katholiken verwunderlich, ja empörend klingen. Und sie lässt mich selber ein wenig schlucken, weil das Fronleichnamfest für mich, der ich lange Ministrant in einem katholischen Städtchen in der Oberpfalz war, zu den schönsten Kindheitserinnerungen zählt. Vielen Muslimen aber wird die Ausdrucksweise des Reportes bekannt vorkommen, denn sie ist keine reine Erfindung, sondern greift Sätze und Beschreibungen auf, die so oder so ähnlich veröffentlicht wurden – allerdings nicht über das Christentum und nicht von einem Nah-West-Experten, den es so nicht gibt.

Doch die Ignoranz dieser fiktiven Reportage entspricht durchaus dem Sprachgebrauch, mit dem manche Korrespondenten und Journalistinnen über „die arabische Welt“ und „den Islam“ berichten. In ihren Reportagen ist tatsächlich häufig von „glaubenstrunkenen islamischen Eiferern und Bekennern“ und von „unberechenbaren Fanatikern“ die Rede, von „fanatischen Massen“ und „irrationalen Leidenschaften der Araber“, die „islamische Parolen“ brüllen und „religiösen Führern“ mit „grenzenlosen Machtansprüchen“ nachlaufen, deren „irrealer Mystizismus“ direkt „ins Mittelalter“ führe. Und selbst der Schlusskommentar dieses fiktiven Nahwestexperten ist keine Erfindung: „Der Erfolg des Christentums bei den Deutschen liegt zum großen Teil an der Einfachheit seiner Lehre“. Dieser Satz stammt aus der Feder eines bekannten Nahost-Experten, und es sind nur zwei Wörtchen ausgetauscht: statt „bei den Deutschen“ heißt es dort „bei den Schwarzen“. Ein Hörspiel des WDR hat vor vielen Jahren mit einer ähnlichen Fiktion begonnen. Diese Sendung, die Vorurteile über den Islam zurecht zu rücken versuchte, trug den Titel „Über den Islam weiß ich nichts, aber er macht mir Angst“. Und so ist noch immer, und es ist noch schlimmer geworden.

Die kleine Provokation über die Fronleichnams-Prozession ist eigentlich ziemlich harmlos verglichen mit den Provokationen, die der von einem fundamentalistischen Muslim auf offener Straße ermordete holländische Regisseur van Gogh begangen hat: Seiner Ansicht nach waren beispielsweise Kopftücher „von rückständigen mittelalterlichen Ziegenfickern erfunden worden, die unsere Freiheiten einschränken“. Man muss kein Muslim sein, um diesen Zynismus widerlich zu finden.

„Scheitert das Projekt Europa?“, ist nach dem Mord an van Gogh oft gefragt worden. Und in Deutschland ist, zum wiederholten Male, das Ende von Multi-Kulti ausgerufen worden – wie dann wenige Monate später, im Zusammenhang mit dem sogenannten Visa-Skandal, noch einmal. Scheitert Europa, scheitert das Zusammenleben der Kulturen und Ethnien, der Alt- und Neubürger in Deutschland? Es ist schon gut, dass man solche Fragen stellt. Man könnte auch fragen, ob Europa gelingen kann, wenn Kulturen so aggressiv, so exzessiv, so maßlos miteinander umgehen. Für die Tat von Amsterdam gibt es keine Legitimation. Und es ist alles zu tun, um sie zu bestrafen und das ideologische Umfeld, aus dem der Täter stammt, zu bekämpfen. Entgegen der allgemeinen Aufregung ist jedoch festzuhalten: In dem Mord ist keine neue Dimension der Gewalt zu entdecken. Und er war kein finaler Beleg für das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft. Er war ein ideologisch motiviertes Verbrechen, wie sie in den vergangenen zwanzig Jahren in Schweden, Großbritannien, Spanien, Frankreich, Italien und vor allem Deutschland zu Hunderten verübt worden sind – von Rassisten und Neonazis, deren Welt- und Feindbilder denen der Islamfaschisten ähneln.

Auch wenn die einen ihre Ungleichheitsideologie rassistisch und die anderen religiös begründen, sind sie dennoch vereint im Frauenhass und Antisemitismus, der demonstrativen Stilisierung von Männlichkeit, der Ablehnung von Demokratie, Liberalität und selbstbestimmter Sexualität, um nur einige Gemeinsamkeiten zu nennen. Angesichts der Parallelen in Gedanken- und Gefühlswelten von Neofaschisten und Radikal-Islamisten verwundert es, wie wenig diese Gemeinsamkeiten erörtert werden. Erfahrungen und Strategien, die in Deutschland in der Vergangenheit bei der Bekämpfung neonazistischer und rechtsextremistischer Gruppen gesammelt wurden, könnten bei der Auseinandersetzung mit radikalislamistischen Milieus hilfreich sein.

In der Berliner „tageszeitung“ wurde der Aufregung nach dem Mord an van Gogh das Desinteresse gegenübergestellt, das herrschte, als zwischen 1989 und 1993 Jungnazis in Deutschland mehr als hundert Angolaner, Türken, Rumänen und andere Angehörige von Minderheiten sowie Obdachlose erschlugen oder versuchten, Dutzende von Vietnamesen bei lebendigem Leib zu verbrennen. Letztere fanden Bürger in Rostock-Lichtenhagen bekanntlich höchst amüsant, weshalb sie vor laufenden Kameras begeistert applaudierten. Auch damals hätte man die Frage stellen können, ob Europa scheitert – als nicht die Täter von Rostock-Lichtenhagen abgeschoben wurden, sondern ihre dem Tod entkommenen Opfer.

Klaus Hänsch, der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Mitglied des Präsidiums des Konvents zur Zukunft Europas, hat jüngst über die Europäische Union gesagt: „Anders als für einen Staat sind für die Union nicht Staatsvolk und Staatsgebiet entscheidend, sondern ,gemeinsame Werte und gemeinsame Ziele“. Über dies gilt es sich zu vergewissern. Und wer da auf einmal das „christliche Europa“ wieder entdeckt, um so die Muslime auszugrenzen, der macht aus Europa ein Projekt der Vergangenheit. Die Europäische Union ist aber konzipiert als ein Projekt gegen die Wiederkehr der Vergangenheit.

Der mittlerweile verstorbene Wieder Kardinal Franz König hat vor acht Jahren in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung gesagt: Europa sei zwar durch das Christentum geprägt und geformt worden; das könne man aber heute nicht einfach kopieren und neu auflegen. Und auf die Frage, ob er denn die „islamistische Herausforderung“ nicht sehe, antwortete er: „Wenn man nur in der Vergangenheit lebt, ist das richtig. In der Zukunft muss man zu einem gegenseitigen Respektieren kommen. Es mag sein, dass momentan das Interesse an einem Dialog nicht besonders groß ist, aber: Wir – Christentum und Islam, Europa und Türkei – müssen miteinander leben, nicht nebeneinander.“ Und dann sagte der alte Mann etwas Europäisch-Programmatisches: „Wir haben so viele verschiedene Kulturen auf heimatlichem Boden, dieser Reichtum darf nicht nivelliert werden, er muss das vereinte Europa prägen. Der Reichtum der Sprachen, der Kulturen, der Traditionen und Religionen – er muss hinein-genommen werden in eine wirkliche Union“. Diesen Satz sollten sich die Vorsitzenden der christlichen Parteien in Deutschland auf ihre Schreibtische stellen.

Seit 120 Jahren gibt es Einwanderung in Deutschland – gleichwohl tun Politiker bis in unsere Tage hinein gern so, als seien sie die ersten, die damit konfrontiert sind. Doch schon im Jahr 1880 haben die ostdeutschen Gutsbesitzer damit begonnen, Arbeitskräfte aus Polen anzuwerben und auf ihren Gütern zu beschäftigen. Die Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland beginnt also nicht erst in den späten fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, sondern Jahrzehnte früher. Der Reichstag in Berlin, die U-Bahn in der Hauptstadt und das deutsche Eisenbahnnetz sind überwiegend von ausländischen Arbeitern gebaut worden. Damals warnten die sogenannten Altdeutschen, der polnischen Wanderarbeiter wegen, vor einer „Polnisierung“ Deutschlands – und die Tonalage dabei unterschied sich nur wenig von der heutigen Warnung vor der „Islamisierung“ Deutschlands. Mit dem Schlagwort „Deutschland den Deutschen“ wurde im späten Kaiserreich nationalistische Kraftmeierei betrieben und die Ruhrpolen, die preußische Staatsbürger geworden waren, flüchteten vor den Diskriminierungen in die Subkultur des Milieus.

All das kommt einem irgendwie bekannt vor. Aber es gibt keine Erinnerung daran, und es gibt auch keine Erinnerung an die Gesetzgebung und Verwaltungs-Praxis von damals. Der Gesetzgeber auf dem Gebiet des Ausländerrechts ist ein Gesetzgeber ohne Gedächtnis. In anderen Gebieten ist es so, dass sich das Recht fortentwickelt, dass es aufbaut auf dem, was war, dass es sich wandelt, dass es korrigiert wird, dass es lernt, dass der Gesetzgeber also das Recht verbessert und das Parlament legislativ auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Es gab daher in den vergangenen hundert Jahren große Fortschritte im Strafrecht und gewaltige Fortschritte im Bürgerlichen Recht, zumal im Ehe- und Familienrecht. Im Ausländerrecht gab es diese Fortschritte kaum – das Zuwanderungsgesetz war der erste kleine Schritt. Politik und Gesetzgeber stehen vor der Einwanderung und ihren Problemen immer wieder von neuem wie der Ochs vor dem Berg. Wenn aber Politik kein Gedächtnis hat, handelt sie hirnlos.

Die Krux der deutschen Ausländerpolitik, auch der Integrationspolitik, so weit es sie gibt, besteht darin, dass sie weniger für die Einwanderer gemacht wird, denn für die Deutschen. Sie waren, sie sind die Adressaten der sogenannten Ausländerpolitik – und deshalb war Ausländerpolitik und Ausländerrecht in Deutschland die Politik des immer gleichen.

In Zeiten der Verunsicherung wird gern über eine Leitkultur geredet. Vielleicht hat die Gesellschaft mittlerweile gelernt, dass diese Leitkultur nichts zu tun hat mit Abendland, Heimatabend, Sauerkraut, dass sie nichts zu tun hat mit Brauchtum und Gipfelkreuzen, nichts mit Überlegenheitsgefühlen oder Deutschtümeleien. Die Leitkultur ist eine Kultur des Zusammenlebens: Sie heißt Demokratie. Sie heißt Rechtsstaat. Sie heißt Grundrechte. Das klingt simpel. Aber der Alltag zeigt, dass es so simpel nicht ist. Diese Leitkultur fordert viel, nämlich Toleranz von beiden Seiten, von den Alt- und den Neubürgern – und führt dann zur Integration. Integration ist ein forderndes Wort. Toleranz bedeutet mitnichten, dass jeder machen kann, was er will. Toleranz heißt nicht Beliebigkeit, und nicht, das man für alles Verständnis zu haben hat. Toleranz ist auch kein plakativer Akt, sondern ein Lernprozess.

Toleranz ist nichts Schrankenloses. Sie kann nur innerhalb klar definierter Grenzen existieren. Wenn diese Grenzen nicht gesetzt und bewacht werden, wird aus Wohltat Plage. Innerhalb dieser Grenzen gibt es, natürlich, Multikulti – und wer sagt, dass Multikulturalität, Demokratie und Rechtsstaat sich nicht miteinander vertragen, der ist töricht und verzichtet auf eine neue Quelle des Reichtums dieser Gesellschaft. Toleranz nimmt niemandem seine Religion, sein Kopftuch, seine Lebensgewohnheiten weg. Toleranz setzt aber voraus, dass die heiligen Bücher, wie immer sie heißen, ob Bibel oder Koran, nicht über oder gegen die Leitkultur gestellt werden. Integration fordert also auch von Muslimen Toleranz – und eine Distanzierung vom Islam als einem zwingend vorgeschriebenem Rechtssystem. Integration ist ein forderndes Wort.

Es fordert viel von den Muslimen. Und es fordert immer noch einiges von der deutschen Politik, die jetzt, mit dem Zuwanderungsgesetz, mühselig versucht, Versäumtes nachzuholen. Integration ist ein sensibler Prozess. Mit Haudrauf und Wegdamit wird nur eines erreicht: Die Minderheit flüchtet sich noch mehr in ihr Anderssein, nimmt zu einer aggressiven Ethnizität Zuflucht. Ein kluges Konzept sieht anders aus: Es wirbt um die Neubürger, es akzeptiert die kulturellen Unterschiede. Und die Mehrheitsgesellschaft ist bereit, sich mit der Aufnahme der Neubürger auch selbst zu verändern, aber sie pocht darauf, dass es einen gemeinsamen Rahmen gibt für alle, für die Alt- und Neubürger: die Grundwerte der Verfassung und, in Deutschland, die deutsche Sprache.

Der Schriftsteller Joseph Roth, der auf der Flucht vor Hitler im Wahnsinn endete, hat über die untergegangene Donau-Monarchie gesagt: „Ich habe es geliebt, dieses Land, das mir gleichzeitig erlaubte, Patriot und Weltbürger zu sein.“ Diese Idee von einem Land, in dem man Patriot und Weltbürger zugleich sein kann, ist in der Europäischen Union wieder auferstanden. Nach Wahlkämpfen, wie sie in Europa in den vergangenen Jahren immer wieder geführt worden sind, ist allerdings daran zu erinnern, dass in der EU Gefahren nicht nur von Schweinen, Rindern und Schafen drohen; es gibt nicht nur

Tierseuchen, sondern auch politische Seuchen – es gibt die Neonationalismen, die eine Zukunft in Vielfalt gefährden.

Der eben zitierte Joseph Roth hat vor siebzig Jahren geklagt und gewarnt: „Die Völker suchen vergeblich nach den sogenannten Nationaltugenden. Meine alte Heimat war ein großes Haus mit vielen Türen; mit vielen Türen und Zimmern, für viele Arten von Menschen. Und dieses mein Haus ist zerteilt, gespalten und zertrümmert. Ich habe dort nichts mehr zu suchen. Ich bin gewohnt, in einem Haus zu leben, und nicht in Kabinen.“

Der Satz sollte eine Lehre sein in einer Zeit, in der so gern vom „Haus Europa“ geredet und eine neue Hausordnung, genannt Verfassung, abgestimmt wird. In diesem Haus Europa muss es auch eine große Werkstatt der Kulturen geben. Pro Asyl ist in dieser Werkstatt einer der Handwerker mit Meisterbrief.

Dr. jur. Heribert Prantl leitet die innenpolitische Redaktion der Süddeutschen Zeitung.